

Staatsanwaltschaft Koblenz

Information für die Presse Nr. 02/2004

Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche einer Unternehmensgruppe, die sich mit der Errichtung und dem Betrieb von Windparkanlagen befasst

Durchsuchungsmaßnahmen durchgeführt

Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat aufgrund einer Vielzahl von Strafanzeigen ein Ermittlungsverfahren gegen vier Verantwortliche einer Unternehmensgruppe eingeleitet, die sich mit der Errichtung und dem Betrieb von Windparkanlagen befasst. Nach derzeitigem Erkenntnisstand betreibt die Unternehmensgruppe 26 Windparks, an denen ca. 560 private Anleger beteiligt sind.

Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist der Vorwurf der Insolvenzverschleppung, der Untreue, des Betruges und der Steuerhinterziehung.

Im einzelnen wird den Tatverdächtigen, die in unterschiedlicher Funktion -teilweise bei sämtlichen, teilweise nur bei einzelnen- der insgesamt etwa 40 betroffenen Gesellschaften tätig sind oder waren, vorgeworfen

- es trotz seit Jahren bestehender Überschuldung einzelner Firmen unterlassen zu haben, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der jeweiligen Gesellschaften rechtzeitig zu beantragen,
- werthaltige Windenergieprojekte ohne gleichwertige Gegenleistung von einer Gesellschaft auf die andere übertragen zu haben um bei den dadurch begünstigten Gesellschaften bestehende Verluste ausgleichen zu können. Dadurch sollen die Gesellschafter der jeweils benachteiligten Gesellschaften geschädigt worden sein. Insoweit besteht der Verdacht, dass Vermögenswerte zwischen den einzelnen Firmen systematisch verschoben worden sind.
- Mitarbeiter und Auftraggeber veranlasst zu haben, Rechnungen an bestimmte Gesellschaften der Unternehmensgruppe zu richten, obwohl nicht diese, sondern andere Gesellschaften vertraglich zur Zahlung verpflichtet gewesen seien.
- Bewusst vertragswidrig Windkraftanlagen mit kleineren Rotorblättern als vertraglich geschuldet installiert zu haben und Windgutachten, aus denen sich teilweise eine unrentable Jahreswindproduktion errechnet habe, gegenüber den Anlegern nicht offengelegt zu haben.

Zwei der Tatverdächtigen wird darüber hinaus vorgeworfen, Eigenkapital der einzelnen Gesellschaften in hochspekulative Aktien- und Geldmarktfonds investiert zu haben, ohne dass der dafür erforderliche Gesellschafterbeschluss vorlag, was zu erheblichen Verlusten geführt haben soll und darüber hinaus gegenüber einzelnen Gesellschaften Honorare für Leistungen in Rechnung gestellt und vereinnahmt zu haben, die tatsächlich nicht erbracht worden waren.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens hat die Staatsanwaltschaft Koblenz heute aufgrund richterlicher Anordnung in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz acht Objekte im Großraum Koblenz durchsucht. An der Durchsuchungsmaßnahme waren insgesamt fünf Staatsanwälte, zwei Wirtschaftsreferenten, eine Wirtschaftsfachkraft und 24 Polizeibeamte beteiligt.

Es wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt, das der Auswertung bedarf.

gez. Jung, Leitender Oberstaatsanwalt

Staatsanwaltschaft Koblenz
Pressestelle
56068 Koblenz
Karmeliterstraße 14
Tel.: 0261/102-2000
Fax: 0261/102-2002

http://www.main-rheiner.de/archiv/objekt.php3?artikel_id=1348929

[Allgemeine Zeitung, 23.01.2004](#)

Windige Geschäfte mit der Energie?

Auch Ex-Abgeordneter im Visier der Fahnder

MAINZ Dietmar Rieth, ehemaliger Landtagsabgeordneter der Grünen und derzeit Mitglied im Landesparteirat, "ist durch seine zeitweilige Tätigkeit als Geschäftsführer der früheren Windkraft-Firmengruppe **Provento** ins Visier der Koblenzer Staatsanwaltschaft geraten. Für die Fahnder bestehe "ein Anfangsverdacht wegen Insolvenzverschleppung", bestätigte Rieth-Anwalt Markus Schmuck dieser Zeitung. Ein Anfangsverdacht deshalb, weil die GmbH bereits überschuldet gewesen sein könnte, als Rieth noch Geschäftsführer war. Er habe vom 6. Februar 2001 bis 15. Juli 2003 dem Vorstand der Gesellschaft angehört, bestätigte Rieth.

Sein Mandant habe allerdings nichts von einem Status der Überschuldung gewusst, betonte Schmuck. Rieth sei auch in eine "Unrechtsvereinbarung" - sollte es zwischen anderen Personen eine solche gegeben haben - weder eingebunden gewesen noch habe er Kenntnis davon gehabt.

Die Staatsanwaltschaft prüft derzeit den Anfangsverdacht gegen insgesamt vier Personen, bestätigte der Leitende Oberstaatsanwalt Erich Jung. Es bestünden ausreichende Verdachtsmomente, dass "bei einzelnen Gesellschaften, die jetzt insolvent sind oder schon früher insolvent waren, diese Insolvenz nicht rechtzeitig angezeigt wurde", erklärte Jung.

Dass gegen seinen Mandanten ermittelt werde, weil alle Insolvenzverfahren überprüft würden, sei verständlich, sagte Schmuck. "Dass den

Vorgängen auf den Grund gegangen wird, wird auch von Herrn Rieth ausdrücklich befürwortet", betont der Anwalt. Eine strafrechtliche Verurteilung halte er allerdings für "sehr unwahrscheinlich".

Neben dem Verdacht der Insolvenzverschleppung ermittelt die Staatsanwaltschaft auch wegen Untreue, Betruges und Steuerhinterziehung. So sollen zum Nachteil von Anlegern unter anderem "Vermögenswerte zwischen einzelnen Gesellschaften der Firmengruppe hin- und hergeschoben" und "bewusst vertragswidrig kleinere Rotorblätter als vereinbart installiert" worden sein. Zwei Verdächtige hätten außerdem mit Gesellschaftskapital spekuliert und verloren.

http://www.br-online.de/geld/plusminus/beitrag/20021008/thema_6.html

Windkraft hat Hochkonjunktur.

Mittlerweile drehen sich in Deutschland zwischen Nordsee und Alpen knapp 12.500 Räder im Wind. Damit ist Deutschland weltweit führend in der Nutzung von Windkraft. Möglich war dieser Aufschwung durch die staatlich festgelegte Einspeisevergütung: Derzeit können die Betreiber mit rund 9 Cent pro Kilowattstunde rechnen. Mit dieser Sicherheit im Rücken werben die Entwickler von Windparks um das Kapital von Anlegern. Zudem können sie mit der Möglichkeit steuerlicher Verlustzuweisung locken.

Mit diesen Argumenten hat ein Anlageberater einen Bauern aus Landshut dazu bewegt, sein Kapital in einen Windpark zu investieren. Im Oktober vergangenen Jahres hat der Landwirt tatsächlich einen Vorvertrag unterzeichnet. Der geplante Park liegt fünf Autostunden von Landshut entfernt in der Nähe von Polch in der Eifel. Fünf Anlagen sollten aufgestellt werden. Kostenpunkt: Rund 4 Millionen Euro. Die Koblenzer Firma **Provento** AG hat den Park geplant und sie hätte ihn auch schlüsselfertig gebaut.

Ob sich solche Investitionsvorhaben rentieren, steht und fällt mit der Windstärke am Standort. Deshalb wird für jeden Park ein Windgutachten erstellt. Im Fall Polch hat die Planungsfirma, die **Provento** AG, drei Gutachten anfertigen lassen.

Einer der Gutachter: Die Terragraphica GmbH in Kaisersesch. Auffallend: Gleich nebenan befindet sich ein Büro des Auftraggebers **Provento**. Gründerin und Geschäftsführerin der Terragraphica GmbH ist Astrid Schmitz. In welcher persönlichen oder verwandschaftlichen Beziehung steht sie zu Mitarbeitern oder Gesellschaftern der **Provento** AG? Astrid Schmitz: "Zu Mitarbeitern der **Provento** gibt es keinerlei Verbindungen. Der Geschäftsführer oder der Herr Rudolf Schmitz, mein Onkel, was aber sonstige Verbindungen ausschließt. Lediglich das Verwandschaftsverhältnis zwischen Herrn Rudolf Schmitz und mir."

Welche Funktion hat Rudolf Schmitz bei **Provento**? Dietmar Rieth, Vorstand der **Provento** AG: "Herr Schmitz, Rudi Schmitz, ist Mitbegründer der **Provento**. Ein Gesellschafter. Herr Schmitz ist nicht im operativen Geschäft der **Provento** eingebunden. Lediglich als Mitbegründer der **Provento** Aufsichtsrat der **Provento**."

Auch zum zweiten Gutachter des geplanten Windparks von Max Müller unterhält die **Provento** AG eine personelle Verbindung. Dabei handelt es sich um die Firma NET neueenergietechnik GmbH. Die Firma wurde 1994 von Ciro **Capricano** gegründet. Drei Jahre später wechselte er als Vorstand zur **Provento** AG. Derzeit sitzt er im Aufsichtsrat von **Provento** und ist gleichzeitig stiller Gesellschafter der Gutachterfirma NET. Uwe Seher, Geschäftsführer NET neueenergietechnik GmbH: "Wir machen das transparent, wir sagen, NET hat hier ein Windgutachten erstellt. Wenn sie wiederum im Augenmerk auf ihre Recherchen das genau getan haben, wissen sie, dass Herr **Capricano**

und auch ich in der Windbranche einen ziemlichen Bekanntheitsgrad genießen und von daher kennt eigentlich auch jeder, selbst die Banken, diese Beziehungen zwischen Herrn Capricano und mir, zwischen Herrn Capricano und der NET in der Vergangenheit, und auch die Beziehungen zwischen Herrn Capricano und der Provento. Das sind keine Geheimnisse, und da hätte ich auch überhaupt keine Probleme, einem Auftraggeber oder einer Bank, dies ganz klar darzulegen."

Tatsächlich sind in der Windbranche nur ein paar Dutzend Firmen aktiv. Viele Planer sind gleichzeitig als Gutachter tätig. Um so erstaunlicher ist es, daß es für die Branche bislang keinerlei Auflagen gibt. Immerhin: Beim Bundesverband Windenergie hat man jetzt die Brisanz des Problems erkannt. Peter Ahmels, Präsident Bundesverband Windenergie e.V.:

"Wir haben das Problem mit den Windgutachten durchaus seit längerem im Auge. Und die Windgutachter, die beim Bundesverband organisiert sind, arbeiten gerade an einem Pflichtenheft, die ein Gutachten erfüllen sollte, wenn es als seriös und unabhängig eingeschätzt werden soll."

Doch was passiert, wenn ein Windgutachten nicht stimmt? Ein Beispiel: Der Windpark Bockelwitz in der Nähe von Leipzig. Hier hat der Gutachter eine mittlere Windgeschwindigkeit von 6,8 Meter pro Sekunde prognostiziert. Daraufhin haben 266 Anleger zehn Windräder über einen geschlossenen Fonds finanziert. Vor drei Jahren ging der Park in Betrieb. Ende 2001 teilte der Fondsverwalter, das Grüne Emissionshaus, den Anlegern allerdings mit: "Nach derzeitigem Kenntnisstand müssen wir davon ausgehen, dass die lokalen Windverhältnisse im damals verwendeten Gutachten besser eingeschätzt wurden, als sie tatsächlich sind."

Für die Anleger heißt das laut Fondsreport des Grünen Emissionshauses vom 31.12.2001: Die Stromproduktion wird "auf Dauer um voraussichtlich 10-15 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleiben" - und damit auch die Rendite.

Die schlechten Stromerträge im sächsischen Windpark Bockelwitz sind kein Einzelfall. Ähnliche Probleme gibt es bei drei weiteren Projekten des Grünen Emissionshauses. Ein anderer Anbieter, das Bremer Energiekontor, übt sich sogar schon in Schadensbegrenzung. Die Firma hat die beiden niedersächsischen Parks Sievern und Debstedt von den Anlegern zurückgekauft. Der Grund: Die Windräder erwirtschafteten erheblich weniger Rendite als versprochen.

Die Vielzahl enttäuschter Anleger verwundert den Fondanalysten Stefan Loipfinger nicht. Er sieht auf die Branche ein erhebliches Renditeproblem zukommen: "Die Betriebskosten werden üblicherweise sehr knapp kalkuliert. Weil eben hier die Rendite des Anlegers am besten getürkt werden kann. Gerade dieses Thema Instandhaltungskosten wird üblicherweise deutlich zu gering angesetzt, so daß ich also da mit deutlich höheren Kosten über 20 Jahre Laufzeit rechne und damit die Prognoserechnung über'n Haufen geworfen wird."

Trotzdem boomt die Branche. Vor allem der Run auf Windfonds ist ungebremsst. Die Anbieter locken mit hohen steuerlichen Verlustzuweisungen. Und: Sie können mit üppiger Förderung rechnen. Bei einer Einspeisevergütung von rund 9 Cent pro Kilowattstunde werden selbst für schlechtere Standorte Renditen zwischen 8 und 10 Prozent errechnet. Doch das Risiko ist für die Anleger hoch. Stefan Loipfinger, Fondsanalyst: "Für einen Anleger, der aber kein absoluter Spitzensteuerzahler ist, kann man pauschal sagen, ist eine Windkraftanlage, wenn er nicht einfach was ökologisches tun will, also ganz andere Aspekte für die Anlageentscheidung hat, für einen reinen Kapitalanleger ist sie uninteressant."

Dieser Text gibt den Fernseh-Beitrag vom 10.09.02 wieder. Eventuelle spätere Veränderungen des Sachverhaltes sind nicht berücksichtigt.



Windkraftanlage (an der Nordseeküste): Gutgemeinte Förderung

GELDANLAGE

Stürmische Windstille

Das rot-grüne Lieblingsprojekt lockte Tausende Investoren in Windkraft-Fonds. Oft gab es keine Rendite. Dafür droht manchen Anlegern nun auch noch Ärger mit der Steuerfahndung.

Mit dem Slogan „Wir bewegen unendlich viel Energie“ präsentierte sich das Windenergie-Unternehmen Provento Ende 2001 als weltweit expandierende Erfolgsfirma. Auf Anzeigenfotos waren Bundesaußenminister Joschka Fischer oder Umweltminister Jürgen Trittin werbewirksam neben dem vollbärtigen Provento-Geschäftsführer und gelernten Gastwirt Rudi Schmitz postiert.

Das junge Unternehmen aus der Eifel rekrutierte sich für so viel Regierungssprotektion mit einer Spende von rund 40000 Euro für die Grünen und gehörte damit zu den größten Unterstützern der Partei. Die Kontakte zu Fischer und Co. waren ohnehin eng. Als Dietmar Rieth, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Mainzer Landtag, nicht mehr zur Wahl antrat, wurde er kurz darauf Vorstand bei der Provento.

Fast noch spektakulärer als der Aufstieg der 1997 gegründeten Firma war dann nur eines: ihr Absturz.

Seit Anfang 2004 ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz mit dem Landeskrimi-

nalament Rheinland-Pfalz gegen Schmitz und zwei weitere Provento-Verantwortliche wegen Betrugs. Dieses Jahr soll das Verfahren abgeschlossen werden.

Viele der Provento-Gesellschaften sind mittlerweile insolvent. Hunderten Anlegern, die in Windfonds der Provento investiert haben, sitzt nun die Steuerfahndung im Nacken, während die Provento-Geschäftsführer alle Betrugsvorwürfe von sich weisen.

Der im Vorstand 2003 ausgeschiedene Rieth bestreitet, von den Machenschaften in seiner Firma gewusst zu haben. Die Staatsanwälte werfen ihm, anders als seinen Kollegen, inzwischen nur noch Bankrottdelikte vor.

Das Provento-Desaster ist krass, aber kein Einzelfall. Wie fast immer, wenn der Staat gutgemeinte Förderung in Milliardenhöhe gewährleistet, profitierten auch von dem rot-grünen Okoboom in Sachen Windkraft Geschäftsmacher aller Art. Ähnlich wie bei den Steuersparmodellen mit Ostimmobilen könnte nun auf deutsche

Gerichte eine Klagewelle enttäuschter Anleger zurollen.

Insbesondere Besserverdiener ließen sich von steuermindernden Verlustzuweisungen von über hundert Prozent locken. Noch immer garantiert der Staat 20 Jahre lang für jede Kilowattstunde Strom, den die Windräder erzeugen, einen künstlich hochgehaltenen Preis. „In die Zukunft investieren. Sicher keine leere Floskel“, hieß es bei Anbietern wie Provento.

Bei so viel staatlichem Wohlwollen schauten die meisten Investoren nicht so genau hin. Viele fühlen sich nun abgezockt und wollen vor Gericht ihren Einsatz zurückhaben. In den Prozessakten findet sich die bisweilen bittere Wahrheit über eine Zukunftstechnologie, die ihre besten Jahre hinter sich zu haben scheint.

„Die Erträge liegen bei den Windparks Nieder Kosten/Altweidelbach und Cond-Kehrig rund ein Drittel unter den propektierten Werten“, sagt der Münchner Anwalt Mike Glückstein. In den Provento-Fonds habe es keine Rücklagen für wind-schwache Jahre gegeben. Geld für größere Reparaturen sei in der Kalkulation nicht vorgesehen gewesen. „Dabei gingen erste Getriebe schon nach zwei Jahren kaputt.“

Nach der Durchsichtung Dutzender Firmen und der Auswertung der meisten von 2500 Aktenordnern geht die Staatsanwaltschaft Koblenz davon aus, dass die Anleger von den **Provento-Verantwortlichen** Schmitz, Ciro Capricano und Bernd Berens wissentlich getäuscht wurden. „Die Sicher-

heitsabschläge in den Windgutachten wurden den Investoren bewusst vorenthalten“, so Oberstaatsanwalt Erich Jung. Nach Durchsichtungen bei 15 Gutachtern fanden die Staatsanwälte heraus, dass diese auch bei ihren Provento-Gutachten mit Abschlägen von 20 bis 30 Prozent kalkulieren und damit deutlich näher an den realen Wind-erträgen der vergangenen Jahre lagen.

„Wir haben branchenübliche Abschläge berücksichtigt“, sagt dagegen Schmitz und verweist auf ein Gerichtsurteil. Der Wind sei „ein Naturereignis“, erklärt der Gast- und Landwirt aus der Eifel die teilweise katastrophalen Ergebnisse der Fonds.

Für Vermittlungsleistungen und damit in Zusammenhang stehende Leistungen“ erhielt die Vertriebsgesellschaft, die die Anleger beschwatzte, eine Provision von bis zu 20 Prozent. Im Prospekt waren maximal 5 Prozent Agio ausgewiesen. Provento habe die restlichen 15 Prozent, so sagt Schmitz, aus dem eigenen Gewinn gezahlt.

Beim Windpark Cond-Kehrig mussten die Anleger bereits 50, bei dem in Nieder Kostenz 40 Prozent ihrer Einlage nach-schießen, damit sich die Windräder weiterdrehten. Auch die finanzierenden Banken mussten auf Zinsen verzichten, um die Windparks zu retten. Mittlerweile sind die Provento-Verantwortlichen vom Landgericht Koblenz zur vollen Rückzahlung der geleisteten Einlagen an die Kläger bei zwei Windparks – allerdings noch nicht rechtskräftig – verurteilt worden.

Zudem sind Hunderte Anleger mit knalligen Steuernachforderungen konfrontiert. Um für ihre Investoren maximale Vorteile herauszuholen, hatten die Provento-Geschäftsführer nach den Erkenntnissen der Ermittler bei mehreren Fonds Verträge rückdatiert, was Schmitz und Co. allerdings ebenfalls bestreiten. Das Ermittlungsergebnis der Staatsanwälte alarmierte die Steuerfahndung: Schmitz und Co. müssen mit einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung rechnen. Die ahnungslosen Anleger erhielten Post von den Finanzbehörden, in denen sie zur Rückzahlung der gesparten Steuern aufgefordert werden.

Immer wieder verwies die Branche als Entschuldigung für ihr flausches Geschäft auf „die drei außergewöhnlich wind-schwachen Jahre“ (Bundesverband Windenergie BWE). Derweil trafen sich die Rechtsexperten zu Fachseminaren mit bezeichnenden Titeln wie: „Grüne Geldan-lage in roten Zahlen – wer haftet?“ Dort wurden die Fachanwälte deutlich: „Viele Mängel sind hausgemacht. Bei dem Ver-such, den Windfonds möglichst in gutem Licht erscheinen zu lassen, kommt der Hin-weis auf Ertragsrisiken deutlich zu kurz“, monierten etwa die Anwälte Alexander Willand und Ulf Hellmann-Sieg.

In einem Arbeitspapier haben die bei-den Experten eine Liste typischer Täuschungsmanöver erstellt. Da wird den An-legern ein Messzeitraum von 13 Monaten



Provento-Transport: „Naturereignis Wind“



Provento-Manager Schmitz (r.): Enge Kontakte

als „jahrelange Messung“ vorgaugaukel. Das vorliegende zweite, deutlich schlechtere Windgutachten wird verschwiegen. Statt 10 Anlagen, von denen im Prospekt die Rede ist, stehen auf einmal 43 Wind-räder, die sich gegenseitig behindern. Mit-terweile gibt es bundesweit Dutzende Ur-teile zugunsten von Investoren wegen sol-cher Prospektmängel.

Da die Haftung für falsche Aussagen in den Prospekten auf drei Jahre nach Beitritt zu den Fonds begrenzt ist, nehmen die An-wälte zunehmend die länger haftenden Wirtschaftsprüfer ins Visier. Die wissen oft von deutlich kritischeren Windgutachten, ohne dass die Anleger darüber aufgeklärt wurden.

Trotz der vielen Probleme mit den mitt-lerweile über 16000 Windrädern in Deutsch-land hält die Bundesregierung an ihrer Un-terstützung fest. Kürzlich unterbrach der BWE eigens seine Mitgliederversammlung auf der Hannover-Messe, und der Präsi-dent des BWE eilte zu Trittin, der auf sei-nem Messerundgang alte Bundesgenossen begrüßen wollte.

„Der Wind steht günstig bei einer Ko-operation mit einem erfahrenen Partner, der auf Qualität, Solidität und Flexibilität setzt“, schrieb Holger Maug, Vorstand der Oldenburger EBV Management Holding AG noch 2002. Mittlerweile wurde die EBV an die spanische Gamesa, einen der Welt-

* Mit Kerstin Müller, Grünen-Staatsministerin im Aus-wärtigen Amt, und Außenminister Joschka Fischer.

marktführer in Sachen Windrad-herstellung, weiterverkauft.

Auch der Wissenschaftler Ingo Klemke glaubte der EBV, die „ca. 12,5 Prozent Ausschüttung p.a.“ bei einer „konservativen Prognoserechnung“ versprach, und in-vestierte 1998 zusammen mit sei-ner Frau 400000 Mark in den Windpark Wangenheim/Hoch-heim. Auf dem Titel des Pro-spekts: geduldige Kühe unter schlanken Windmühlen. Klemke hat den Glauben an die Oko-romantik inzwischen verloren.

Ausschüttungen seines Wind-parks im Landkreis Gotha hat er noch keine gesehen. Stattdessen irritieren ihn immer neue Scha-densberichte. Der Getriebeher-steller Flender musste schon kurz nach Inbetriebnahme die Getrie-be von zehn Windrädern aus-wechseln. Immer wieder bleiben die Mühlen stehen. „Die Türme waren von innen verschimmelt, die Vergussfugen der Fundamen-te weggebröselt“, klagt Klemke.

Einem der Gründer der EBV, Wilhelm Wagner vom Berg, wurde die Abkassiererei zu viel. Er wurde 1998 aus der Gesellschaft ausgeschlossen, nachdem er sei-

ner Darstellung nach nicht bereit war, eine Unterschlagung von Provisionen für den Windpark Wolgast mitzutragen. „Wir beka-men 1997 von dem Anlagenhersteller Ener-con laut Vertrag eine Provision von 300000 Mark für den Kauf von 17 Windkraftan-lagen, die eigentlich den Anteilseignern des Wolgast-Fonds zugestanden hätte“, sagt er. Die beiden Gesellschafter der Windpark Wolgast GmbH, Maug und Stefan Blanke-meyer, hätten dieses Geld den Gesellschaf-tern des Fonds gutschreiben müssen.

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg er-mittelte gegen Maug und Co., das Verfah-ren wurde eingestellt. „Berg ist überall ab-geblitzt“, sagt Maug, der die Vorwürfe von sich weist. Die Gesellschafter des Fonds wollen das Verfahren allerdings neu auf-rollen.

Bei einem anderen Urteil wurde eine EBV-Tochter in erster Instanz bereits zu Schadensersatz verurteilt. Manche ihrer Fonds stehen kurz vor der Pleite. Trotzdem macht das Unternehmen in seinen gedie-gen holzvertäfelten Büros in Oldenburg munter weiter.

Anlagen im norddeutschen Wattenmeer und in der Ostsee sind auch für die EBV die nächste große Luftnummer. Dabei for-dert die Windenergiebranche von ihren grünen Freunden in der Bundesregierung neben der Einspeisevergütung für den Strom eine Staatshilfe für die Wind-räder. Nichts verkauft sich besser als Ver-luste auf Staatskosten – solange Rot-Grün noch regiert.

CHRISTOPH PAULY